

## **NGOs fordern Trendwende bei Finanzierung der Entwicklungshilfe**

Wien, 19.05.11 (KAP) Eine Trendwende bei der Finanzierung der österreichischen Entwicklungshilfe fordern Caritas, "AG Globale Verantwortung" und die Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für Entwicklung und Mission (KOO). Die NGOs präsentierten am Donnerstag in Wien den "AidWatch Report 2011"; der Bericht vergleicht die Ausgaben der EU-Staaten für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe. Österreich findet sich dabei in einer Gruppe mit EU-Schlusslichtern wie Griechenland, Portugal, Italien und den wirtschaftlich deutlich schwächeren Ländern Osteuropas. Bei der konkreten Projekthilfe - sie wird mit dem am Mittwoch im Nationalrat beschlossenen Budgetfahrplan bis 2014 um ein Drittel gekürzt - liegt Österreich schon jetzt an letzter Stelle der "EU 15".

Österreichs Entwicklungspolitik gebe ein "blamables Bild" ab, sagte **Caritas-Präsident Franz Küberl** bei der Präsentation des Berichts. Er forderte einen strukturellen "Totalumbau" der Entwicklungshilfe. Alle staatlichen EZA-Gelder aus verschiedensten Ministerien sollten in einem "Fonds für Entwicklung und humanitäre Hilfe" zusammengefasst werden. Küberl schlug zudem vor, die Hälfte der Flugticketabgabe zur Rücknahme der Einsparungen und die Erhöhung der EZA-Ausgaben zu verwenden: "Die Kürzungen und der Reformunwille in diesem Bereich gehen auf Kosten tausender Not leidender Menschen."

Insgesamt 905 Millionen Euro oder 0,32 Prozent vom Bruttonationaleinkommen (BNE) hat Österreich 2010 im Rahmen der für internationale Statistiken anrechenbaren öffentlichen Entwicklungshilfe (Official Development Assistance, ODA) ausgegeben. Gegenüber 2009 (0,30 Prozent vom BNE) bedeutet das zwar eine leichte Steigerung; das Ziel 0,51 Prozent vom BNE für Entwicklungshilfe auszugeben, hat Österreich aber klar verfehlt.

Spezielle Kritik bei den NGOs lösen die von der Regierung angeordneten Budgetkürzungen bei der "Austrian Development Agency" (ADA) aus. Die Agentur setzt im Auftrag des Außenministeriums die konkrete Projekthilfe und Entwicklungsprogramme in der "Dritten Welt" um und kooperiert dabei mit öffentlichen Einrichtungen, NGOs und Unternehmen. Das ADA-Budget wurde nun um ein Drittel, von rund 100 Millionen Euro im Jahr 2010 auf 65 Millionen Euro im Jahr 2014, gekürzt. Der Anteil der "gestaltbare Entwicklungshilfe" Österreichs, die neben Schuldentilgungen oder Beiträgen zu internationalen Finanzinstitutionen (Weltbank, IWF) ohnehin nur einen kleinen Teil der gesamten ODA-Ausgaben ausmacht, sinkt damit weiter.

"Das Außenministerium hat von 2010 auf 2011 zehn Millionen Euro bei der direkten Projekthilfe eingespart", stellte Küberl bei der Pressekonferenz einen Vergleich an. Im gleichen Zeitraum sei das Budget der Außenbeamten für Übersiedlungen, Ausstattungskosten und Wohnausgaben um sieben Millionen Euro erhöht worden. Küberl: "Ich verstehe einfach nicht, warum in einem 70-Milliarden-Haushalt nicht zehn Millionen Euro für die Entwicklungszusammenarbeit zu finden sind."

## **Langfristige Hilfe in Gefahr**

"Langfristig wirksame Hilfsprogramme sind massiv gefährdet", betonte **KOO-Geschäftsführer Heinz Hödl**. Notwendig sei eine echte Trendwende bei der Dotierung der Entwicklungszusammenarbeit, so Hödl. Österreich müsse sich gesetzlich zur Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des BNE bis 2015 verpflichten. Von der Regierung forderte Hödl zudem mehr Einsatz im Kampf gegen Steueroasen und die Einführung der Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene.

Österreichs Bevölkerung unterstütze die Entwicklungshilfe, betonte der KOO-Geschäftsführer. Drei von vier Österreichern seien laut Eurobarometerumfrage für die Beteiligung des Landes an Entwicklungshilfe. Darüber hinaus engagierten sich "zigtausende" Menschen in Pfarren und Vereinen für die EZA. "Private Organisationen stellen jährlich rund 100 Millionen Euro für Projekte zur Verfügung", betonte Hödl.

### **Politische Interessen vor Armutsbekämpfung**

Insgesamt zeigt der "AidWatch"-Bericht, dass die EU-Staaten ihre Ziele bei der Finanzierung der Entwicklungshilfe klar verfehlt haben. Statt der angestrebten 0,56 Prozent der europäischen Wirtschaftsleistung wurden 2010 nur 0,43 Prozent geleistet. "Diese Lücke entspricht 15 Milliarden Euro, die Europa den Ländern der Dritten Welt vorenthält und die nicht in Gesundheit oder Bildung in armen Ländern investiert werden", betonte **Petra Navara vom NGO-Dachverband "AG Globale Verantwortung"**.

Eine genaue Analyse der Daten zeige auch, dass die Entwicklungshilfegelder der EU statt dem eigentlichen Ziel der Armutsbekämpfung immer mehr den außenpolitischen Zielen der einzelnen Mitgliedsländer dienen, berichtete Navara. Ein Trend, der auch in Österreich sichtbar sei, so die Entwicklungsexpertin: "Die Entwicklungszusammenarbeit wird zunehmend von anderen Politikbereichen instrumentalisiert. Auf der Strecke bleiben jene, die internationale Hilfe zum Überleben brauchen."

**O-Töne von der Pressekonferenz in Kürze unter [www.kathpress.at/audio](http://www.kathpress.at/audio)**

(ende) gut/gpu/

Copyright 2011 Katholische Presseagentur, Wien, Österreich  
([www.kathpress.at](http://www.kathpress.at)) Alle Rechte vorbehalten.